

Niederschrift HFA/VII/13

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 30.11.2006 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

Kuhl, Horst

Löchtefeld, Klaus

Mensing, Hartwig

Vertretung für Herrn Michael Neumann

Reints, Hermann

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Homerig, Antonius

Berger, Elke

Fuchs, Maria

Allgemeiner Vertreter

Fachbereichsleiter

Sachbearbeiterin

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Neumann, Michael

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:25 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 20. November 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Bürgermeister Niehues gem. §§ 26 und 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl, die Beratung und Beschlussfassung über den Tagesordnungspunkt 5 – Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen (Übergangsheimsatzung) – vorzuziehen, damit die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesenden Verwaltungsmitarbeiter nicht unnötig lange an der Sitzung teilnehmen müssen. Der Ausschuss stimmte dieser Änderung der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Berichtsbedarf war nicht vorhanden.

2 Umwandlung der derzeitigen Taxibuslinie T 89 in eine Regionalbuslinie (Fahrtdaten ohne vorherige Fahrtwunschanmeldung) Vorlage: VII/452

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Söller verlas zu diesem Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung. Die Erklärung ist dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt.

Bürgermeister Niehues verwies bezugnehmend auf die Erklärung des Herrn Söller auf einen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 17. März 2005. Dort sei dem Entwurf des 2. Nahverkehrsplanes ÖPNV des Kreises Coesfeld insbesondere auch hinsichtlich der Änderung des Linienweges der Taxibuslinie T89 von Holtwick – Osterwick – Darfeld **nach Billerbeck** zugestimmt worden unter der Voraussetzung, dass die morgendliche Fahrt nach Billerbeck so rechtzeitig erfolge, dass mit dem Taxibus die Beförderung von Schülern aus Osterwick zum Schulbeginn der Realschule sichergestellt werde. Durch die Sicherstellung der Beförderung der Schüler aus Osterwick zum Schulbeginn der Realschule sei dann auch faktisch die Möglichkeit gegeben, dass Osterwicker Schüler die Hauptschule in Billerbeck mit dem Taxibus erreichen könnten.

Ausschussmitglied Mensing verwies ebenfalls auf diesen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses. Wenn nun tatsächlich seitens der Rosendahler Eltern überlegt werde, ihre Kinder aufgrund des Ganztagsangebotes an der Hauptschule in Billerbeck anzumelden, so müsse ggf. überlegt werden, ob auch die Rosendahler Hauptschule zu einer Ganztags-Hauptschule ausgebaut werden könne.

Ausschussmitglied Kuhl wies darauf hin, dass im März 2005 die Hauptschule in Bill-

erbeck noch kein Ganztagsangebot vorgehalten habe. Die zu erwartenden Anmeldezahlen für die Rosendahler Hauptschule seien so gering, dass er die Existenz der Hauptschule in Rosendahl als gefährdet ansehe. Die Beschlussfassung im März 2005 sei eindeutig so zu verstehen, dass **die Realschule** in Billerbeck durch Rosendahler Schüler erreicht werden könne. Es gebe nach seiner Auffassung noch erheblichen Klärungsbedarf. Auch sei der Antrag nicht so dringlich, dass in dieser Sitzung eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Ausschussmitglied Haßler ergänzte, dass zwischenzeitlich neben der Umwandlung der Billerbecker Hauptschule in eine Ganztags Hauptschule auch die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen beschlossen worden sei. Weil sich somit seit der Beschlussfassung im März 2005 die Situation entscheidend geändert habe, müsse auch der seinerzeit getroffene Beschluss geändert werden können.

Ausschussmitglied Steindorf bekräftigte, dass ein Beschluss heute nicht getroffen werden müsse. Die Entscheidung müsse gut durchdacht sein.

Bürgermeister Niehues ergänzte die Ausführungen seiner Vorredner dahingehend, dass die Droste-Hülshoff-Hauptschule für Schüler und Eltern noch attraktiver gestaltet werden müsse. Die Hauptschule verfüge zur Zeit über ein Nachmittagsangebot auf freiwilliger Basis. Dieses Nachmittagsangebot müsse so attraktiv gestaltet werden, dass ggf. auch Schüler aus Billerbeck, deren Eltern das verbindliche Ganztagsangebot in Billerbeck nicht wünschen, zukünftig die Hauptschule in Rosendahl besuchen. Es sei jedoch für die Akzeptanz der Nachmittagsangebote unbedingt erforderlich, die Schülerbeförderung im Nachmittagsbereich so zu organisieren, dass die Schüler nachmittags die Möglichkeit hätten, nach Hause zu kommen. Dies sei momentan insbesondere für die Holtwicker Schüler nur schwer möglich, weshalb ein Sonderbus eingesetzt werde.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erinnerte die Ausschussmitglieder daran, dass die beabsichtigte Umwandlung der Taxibuslinie eine Änderung des Nahverkehrsplanes und eines Beschlusses des Kreistages bedürfe und eine Entscheidung nicht in die Zeit gesetzt werden könne, wenn die Neuregelung zum Schuljahresbeginn 1.8.2007 gelten solle.

Ausschussmitglied Branse äußerte seine Auffassung, dass der Bestand der Rosendahler Hauptschule nicht allein durch die geplante Buslinie gefährdet sei. Bezüglich der geplanten Trassenführung schlug er vor, in Billerbeck die Haltepunkte Busbahnhof und Bahnhof auszutauschen.

Wenn die Rosendahler Hauptschule attraktiver gestaltet werde, so werde diese durch den verkehrlichen Anschluss an Billerbeck keine Schüler verlieren, so Ausschussmitglied Mensing. Es solle ggf. überlegt werden, ob nicht auch eine Realschule in Osterwick errichtet werden könne.

Ausschussmitglied Mensing führte weiter aus, dass sich die WIR-Fraktion mit dem geänderten Linienweg anfreunden könne. Die Anschlussmöglichkeit nach Ahaus (von Holtwick) solle jedoch nochmals geprüft werden.

Bürgermeister Niehues schlug vor, die Beratung abubrechen, da offensichtlich noch größerer Klärungsbedarf bestehe. Das Thema solle nochmals erörtert werden, jedoch dürfe es nicht zu lange in die Zeit geschoben werden, da eine Fahrplanänderung Zeit benötige.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Reints wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass er den Entwurf eines vorläufigen Fahrplanes für die Ersatzlinie des T 89 anhand einer Folie vorlegen könne. Er informierte anschließend die Ausschussmitglieder anhand eines Folienvortrages über den geplanten Streckenverlauf, den Fahr-

plan sowie die geplanten Fahrzeiten.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot sei ein erheblicher Standortfaktor, so Bürgermeister Niehues. Hier solle keine Schulbuslinie geschaffen werden, sondern das ÖPNV-Angebot attraktiver gestaltet werden.

Der Fahrplanentwurf mit geplantem Streckenverlauf sowie vorläufigen Fahrzeiten für die Ersatzlinie der T 89 sind dem Protokoll als **Anlage II** beigelegt.

Bürgermeister Niehues wies aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich hierbei nur um einen groben Entwurf handle. Die Feinplanung eines Fahrplanes sei Sache der RVM.

Ausschussmitglied Kuhl teilte mit, dass er die Verbindung der Ortsteile für Rosendahl für sinnvoll halte. Er äußerte jedoch seine Auffassung, dass die Zweizügigkeit der Rosendahler Hauptschule gefährdet sei, wenn 3 – 4 Rosendahler Schüler zur Hauptschule nach Billerbeck abwandern.

Bürgermeister Niehues schlug vor, die Angelegenheit nach Beratung in den Fraktionen im Rat zu entscheiden. Die Tagesordnung für den Rat müsse dafür um diesen Tagesordnungspunkt erweitert werden. Die Entscheidung solle jedoch in der Ratsitzung am 21. Dezember getroffen werden, da der Kreis für die Umsetzung einige Vorlaufzeit benötige. Wenn die Umwandlung fahrplantechnisch zum Schuljahresbeginn umgesetzt werden solle, müsse spätestens im Dezember der Startschuss gegeben werden.

Der Ausschuss zeigte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.10.2006 auf Modifizierung der Familienförderungsbedingungen beim Erwerb von Baugrundstücken Vorlage: VII/447

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Reints erläuterte für die Fraktion Bündnis 90/ Grüne den Sinn des Antrages. Es solle eine Gleichbehandlung von Rosendahler Bürgern erreicht werden. Die derzeit angewandte Vorgehensweise sei ungerecht, da für den Rosendahler Bürger unter Umständen nicht die Möglichkeit der Familienförderung gegeben sei. Seitens der Fraktion Bündnis 90/ Grüne sei man der Auffassung, dass Gleichbehandlung gegeben sein müsse.

Ausschussmitglied Steindorf schlug für die CDU-Fraktion vor, dass in die Förderbedingungen eingearbeitet werde, dass pro Kind die Förderung nur einmal gewährt werde.

Für die SPD-Fraktion teilte Ausschussmitglied Bräse mit, dass diese die Kinder nach Rosendahl holen oder aber Rosendahler Kinder hier aufwachsen sehen wolle. Daher sollten auch Rosendahler die Förderung erhalten können. Die Regelung müsse jedoch praktikabel bleiben. Er schlug vor, dass jeder Rosendahler für jedes Kind eine einmalige Förderung erhalte, wenn es geboren werde. Die Auskunft könne man über das Grundbuch sowie das Melderegister erhalten.

Ausschussmitglied Mensing erklärte, dass er den Vorschlag der CDU-Fraktion für richtig halte.

Allgemeiner Vertreter Gottheil schlug folgende Formulierung vor: ‚Voraussetzung für eine einmalige Förderung je Kind ist jedoch, dass der Grundstückserwerber und die

geförderten Kinder das geförderte Kaufgrundstück nach Bebauung bewohnen.'

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass die endgültige Formulierung über das Protokoll vorgenommen werde.

Es werde jedoch keine separate Vorlage erstellt werden, so Allgemeiner Vertreter Gottheil.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Ziffer 2 (Familienförderung) der zum 01. Juli 2006 geltenden Vermarktungsbedingungen erhält mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

„Für Familien mit Kindern bis zum 18. Lebensjahr wird je Kind ein Kaufpreinsnachlass von 2.500 € gewährt. Für Kinder, die innerhalb von 5 Jahren nach Kaufvertragsabschluss geboren werden, ist der Preisnachlass ebenfalls anzuwenden; der Kaufpreisanteil wird auf Antrag erstattet.

Voraussetzung für eine einmalige Förderung je Kind ist jedoch, dass der Grundstückserwerber und die geförderten Kinder das geförderte Kaufgrundstück nach Bebauung bewohnen.

Hinweis:

Die erfolgte Änderung gegenüber der derzeitigen Fassung ist in Fettdruck dargestellt, Absatz 2 des bisherigen Beschlusses entfällt gänzlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Umlagen der Wasser- und Bodenverbände und für sonstige Kosten der Gewässerunterhaltung
Vorlage: VII/444

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VII/444 als Anlage I beigefügte 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Umlagen der Wasser- und Bodenverbände und für sonstige Kosten der Gewässerunterhaltung (Wasserverbandsgebühren) der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Söller war bei der Abstimmung nicht anwesend.

5 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen (Übergangsheimsatzung)
Vorlage: VII/446

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde vor TOP 2 vorgezogen.

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Fliß, warum am Objekt Holtwicker Straße der Wasserverbrauch so hoch sei, wies Fachbereichsleiter Homering darauf hin, dass ein technisches Problem auszuschließen sei, so dass der Wasserverbrauch durch übermäßigen Verbrauch der Bewohner zu erklären sei.

Für die CDU-Fraktion forderte Ausschussmitglied Kuhl die Verwaltung auf, die Verbräuche der Gasheizungsanlagen in den Übergangsheimen durch technische Einflussnahme herunterzufahren und die Kosten mindestens um 10 % zu senken.

Fachbereichsleiter Homering wies darauf hin, dass die Kalkulation zu einem Zeitpunkt stattgefunden habe, an dem die Zählerstände noch nicht abgelesen waren. Nach Arbeitsaufnahme von Herrn Timmer im Februar diesen Jahres habe dieser die Anlagen in den Übergangsheimen so geregelt, dass eine Raumtemperatur über 21 Grad nicht mehr möglich sei. Darüber hinaus könnten die Heizanlagen in Fluren und Gemeinschaftsanlagen nicht mehr manuell bedient werden. Ob zusätzliche Heizgeräte aufgestellt werden, werde jetzt im Winter überprüft. Fakt sei, dass es im Gegensatz zum Vorjahr bereits zu Einsparungen gekommen sei. Nach der aktuell vorliegenden Zählerablesung seien Einsparungen in den Unterkünften von durchschnittlich 35 % zu verzeichnen. Herr Timmer habe nun zwecks weiterer Energieeinsparung vorgeschlagen, den Warmwasserverbrauch in der Form zu senken, dass nur stundenweise Warmwasser in den Einrichtungen vorgehalten werde. Ggf. könnten die Zeiträume anfangs großzügig bemessen werden.

Ausschussmitglied Kuhl führte hierzu aus, dass die manuelle Regelung von Warmwasserverbräuchen in vielen Haushalten mit modernen Heizungsanlagen bereits üblich sei.

Ausschussmitglied Löchtfeld fragte bezüglich der Müllgebühren an, wie viel Container an den Einrichtungen stehen. Der Kalkulation habe er entnehmen können, dass an der Holtwicker Straße noch ein Container stehe. Er wolle wissen, ob darüber hinaus noch Biotonnen und Gelbe Tonnen an der Einrichtung vorhanden seien.

Fachbereichsleiter Homering wies darauf hin, dass seit Mitte des Jahres an den Einrichtungen Mülltrennung stattfinde. Bei den Abfallmengen werde jetzt strenger kontrolliert. Ein Problem sei in Osterwick jedoch, dass hier über Nacht Berge von Müll abgeladen werden, dies nicht nur von ausländischen Mitbürgern.

Ausschussmitglied Löchtfeld verwies darauf, dass es schwierig sei, die Bewohner der Wohnheime zur Mülltrennung zu bewegen, da die Kosten für die Müllbeseitigung durch die Allgemeinheit getragen würden. Ggf. sei es möglich, die Bewohner zum Umdenken zu bewegen, indem man ihnen Müllvolumen nehme, z.B. durch Umstellung auf 14tägige Containerabfuhr.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Branse erläuterte Sachbearbeiterin Berger die Grundlagen der Kalkulation insbesondere hinsichtlich des Überschussbetrages aus dem Jahre 2004.

Ausschussmitglied Fliß lobte ausdrücklich die vom Bürgermeister vorgenommene Personalumsetzung, da erste Auswirkungen dieser Personalmaßnahme bereits deutlich würden.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvor-**

schlag für den Rat:

Die in der Sitzungsvorlage Nr. VII/446 als **Anlage I** beigefügte 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen (Übergangsheimsatzung) der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

6 Mitteilungen

6.1 Mietspiegel

Bürgermeister Niehues verwies auf die zwischenzeitlich vorliegende Fortschreibung des Mietspiegels für nicht preisgebundene Wohnungen zum 1. Dezember 2006 für die Gemeinde Rosendahl.

Der Mietspiegel ist dem Protokoll als **Anlage III** beigefügt.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

7.1 Inanspruchnahme der Familienförderung - Herr Fliß

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Fliß, wie häufig die Familienförderung bereits in Anspruch genommen worden sei, teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass diese bislang 2 x in Anspruch genommen wurde, sich also in Grenzen halte.

7.2 Landesmittel für die nördliche Umgehungsstraße für den Ortsteil Osterwick-Herr Mensing

Ausschussmitglied Mensing fragte, ob die Zusage für die Landesmittel für den Bau der K 33 mittlerweile vorliegen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass ihm nicht bekannt sei, wie der Stand der Auftragsvergabe sei. Der Bau der Umgehungsstraße werde sich voraussichtlich in diesem Jahr auf die Baustelleneinrichtung beschränken. Die Gesamt-

baumaßnahme werde sich voraussichtlich mindestens über ein volles Jahr erstrecken.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

8.1 Baustelle B 474 - Herr Wünnemann

Bezüglich der Anfrage von Herrn Wünnemann, ob die Baustelle bereits abgenommen worden sei, sagte Bürgermeister Niehues zu, dass er dies beim Landesbetrieb nachfragen werde. Ebenso werde er sich erkundigen, warum bislang die Fahrbahnmarkierungsarbeiten nur zu 75 % erstellt wurden.

Zur Frage von Herrn Wünnemann nach der Radwegeabsenkung im Kurvenbereich der Gaststätte Haus Eissing teilte Bürgermeister Niehues mit, dass im Zuge der Sanierung eine Radwegeabsenkung in Höhe des Autohauses Hallekamp erfolgte. Die Radwegeabsenkung bei Eissing sei jedoch beibehalten worden, da sich gezeigt habe, dass die neue Radwegeabsenkung bei Hallekamp nicht von allen angenommen werde.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in